



TOP



Die Fernwärmenetze sollen grüner werden - per Gesetz.

GESETZENTWURF

Wärmewende nun auch in den Netzen

Berlin (energate) - Durch neue Wärmenetze soll bereits ab 2024 65 Prozent grün erzeugte Energie strömen. Für Bestandsnetze wird voraussichtlich ab 2030 ein Erneuerbarenanteil von 50 Prozent gelten. Das geht aus dem knapp 90-seitigen Gesetzentwurf zur Wärmenetzplanung hervor, der energate vorliegt. Er stammt aus dem Bundesbauministerium. Das Ziel: Die leitungsgebundene Wärmeversorgung grüner machen. Bisher seien Maßnahmen nicht ausreichend, Heiz- und Prozesswärme und Warmwasserversorgung bis 2045 komplett auf erneuerbare Energien und Abwärme umzustellen, heißt es im Entwurf. Das Gesetz zur Wärmenetzplanung steht im Zusammenhang mit dem vom Kabinett bereits verabschiedeten Gebäudeenergiegesetz, das Vorgaben für den Einbau neuer Heizungen ab 2024 macht.

Die Bundesländer sollen künftig Wärmepläne in ihrem Hoheitsgebiet aufzustellen, die Möglichkeiten zur Dekarbonisierung aufzeigen. Die Länder können diese Aufgabe an die Kommunen übertragen. Die Wärmepläne sollen den Netzbetreibern, aber auch Unternehmen und Haushalten vor Ort einen Planungs- und Investitionsrahmen bieten. Wird etwa das Fernwärmenetz vor Ort ausgebaut, können Verbraucher auf den Austausch alter Heizungen verzichten.

Zielszenario 2045

Städte und Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnenden müssen ihre Wärmepläne bis Ende 2026 vorlegen, bei einer Bevölkerung von über 10.000 gilt eine Frist bis Ende 2028. Für kleine Kommunen sind generelle Ausnahmen möglich. Auch für Kommunen, die bereits

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Wärmewende nun auch in den Netzen 1

🏠 POLITIK

Wind-an-Land-Strategie soll weiteren Ausbauschub geben 2

GEG: Wirtschaftsminister Habeck wirft der FDP Wortbruch vor 3

Andreae fordert bessere Netzinfrastrukturplanung im GEG 4

🏢 UNTERNEHMEN

Badenova wird Gesellschafter von E-Pilot 4

Baywa Re stellt Seidl als neue Finanzchefin vor 5

⚡ STROM

RWE plant CCS in Großbritannien 6

"Neue Zuständigkeiten der BNetzA können auch eine Chance sein" 6

🔥 GAS & WÄRME

Barmalgas sucht Partner für Rostocker LNG-Terminal 9

Branche setzt auf grüne Transformation mit Wasserstoff-KWK 10

Vattenfall legt Plan zum Umbau der Fernwärme vor 11

Studie plädiert für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland 11

🌱 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

EMH Metering sieht sich gerüstet für Rollout-Neustart 12

Wasserstoff wird weiter günstiger 12

"Ich würde die Note zwei vergeben" 14

🇦🇹 ÖSTERREICH

Wirtschaftskammer will "Energimasterplan" erarbeiten 15

Zulieferfirmen punkten am internationalen Windkraftmarkt 15

🔧 ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

entsprechende Pläne erstellt haben, greift die Vorgabe nicht. Zum Verfahren macht der Entwurf genaue Vorgaben: Zunächst soll es eine Bestandsanalyse der Infrastruktur geben, dann Potenziale aufgezeigt werden, wie sich der Anteil von Erneuerbaren und Abwärme bis hin zum Zielszenario einer klimaneutralen Versorgung 2045 steigern lässt.

Bei der Erneuerbarenpflicht für Bestandsnetze sieht der Entwurf verschiedene Ausnahmen vor. So muss der Anteil von 50 Prozent erneuerbare Wärme erst 2035 erfüllt werden, wenn im Netz eine über das KWK-Gesetz geförderte fossile Anlage in Betrieb ist. Grundsätzlich können Landesbehörden auch längere Fristen einräu-

men, wenn Betreiber "unzumutbare wirtschaftliche Härte" anmelden. Klare Grenzen setzt die Bundesregierung dem Einsatz von Biomasse. In neuen Netzen darf der Anteil je nach Länge maximal 35 Prozent betragen, in Bestandsnetzen 25 Prozent. Die Netzbetreiber müssen laut Entwurf bis Ende 2026 einen Transformationsplan für ihre Infrastruktur vorlegen. Bereits eingereichte Pläne behalten ihre Gültigkeit. Mit dem Gesetz will die Bundesregierung zudem den Bau von Anlagen, die Wärme in Netze einspeisen und den Bau der Netze selbst als in "überragendem öffentlichen" liegend Interesse einstufen. Genehmigungsverfahren können so schneller ablaufen.

20 Milliarden bis 2045

Der Umbau der Wärmeversorgung vor Ort wird aktuell über die Bundesförderung effiziente Wärmenetze unterstützt. Das Programm ist mit 3 Mrd. Euro ausgestattet. Diese Summe dürfte für die gesteckten Ziele des Wärmenetzgesetzes bei Weitem nicht ausreichen. So beziffert allein Vattenfall die Kosten für den Umbau der Wärmeversorgung in Berlin auf 3 Mrd. Euro. Im Gesetzentwurf heißt es, der zusätzliche Aufwand, um bestehende Netze umzubauen, sei wegen der verschiedenen technischen Möglichkeiten schwer zu beziffern. In einem "mittleren" Szenario fallen demnach Kosten von 20 Mrd. Euro bis 2045 an, heißt es weiter. Die Finanzierung ist aber nicht die einzige Hürde: Für das Aufstellen der Pläne braucht es entsprechendes Personal in den Kommunen, das nicht überall vorhanden sein dürfte.

Laut aktueller Planung soll das Kabinett das Gesetz zur Wärmenetzplanung Ende Juni verabschieden. Das parlamentarische Verfahren würde dann erst nach der Sommerpause starten. Möglicherweise wird es dann parallel mit dem Gebäudeenergiegesetz diskutiert werden - wie von verschiedenen Seiten ohnehin gefordert. Denn der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), das GEG vor der Sommerpause durch das Parlament zu bringen, steht auf der Kippe. SPD, Grüne und FDP einigten sich am 23. Mai darauf, den Gesetzentwurf diese Woche nicht in erster Lesung im Bundestag zu diskutieren. Die Liberalen fordern eine Überarbeitung des Gesetzes im Ministerium. Grüne und SPD wollen dagegen Änderungen im parlamentarischen Verfahren beschließen. /kw

Von Karsten Wiedemann

WINDKRAFTGIPFEL

Wind-an-Land-Strategie soll weiteren Ausbauschub geben

Berlin (energate) - Das Bundeswirtschaftsministerium hat im Rahmen eines zweiten Windkraftgipfels eine Windenergie-an-Land-Strategie vorgestellt. Demnach sollen unter anderem mehr Flächen bereitgestellt, Fachkräfte gewonnen und der Transport von Windkraftanlagen beschleunigt werden. Über die konkrete Umsetzung diskutierte der Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) dazu mit rund 100 Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern, der Windenergiebranche und Verbänden in Berlin. Genannt werden zwölf Handlungsfelder, von der Förderung über Flächen- und Akzeptanzsicherung bis zum Stromnetzausbau. "Im Fokus der Strategie stehen jetzt unter anderem die schnelleren Genehmigungen für Windprojekte, kurzfristig Flächen zu mobilisieren und das Repowering zu beschleunigen", sagte Habeck. Auch der Transport von Windenergieanlagen müsse erleichtert werden. Außerdem gehe es beispielsweise darum, Geschäftsmodelle außerhalb des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu flankieren.

Habeck sieht erste Früchte

Habeck betonte, dass die bereits getroffenen Maßnahmen für den Windkraftausbau an Land "erste Früchte" tragen würden. "So wurde 2022 30 Prozent netto mehr zugebaut als im Vorjahr", sagte er. "In diesem Jahr haben wir bereits die Zuschlagsmengen bei den EEG-Ausschreibungen der jeweiligen zwei Vorjahre erreicht. Wir sehen also Dynamik", so Habeck. Benötigt werde mehr als eine Vervierfachung des derzeitigen Zubaus. Er halte es für möglich, dieses Jahr den Zubau auf 4.000 MW zu verdoppeln. 9.000 MW seien in den Genehmigungsverfahren. Für die Windenergie an Land sind mit dem EEG 2023 ambitionierte Ausbauziele beschlossen worden. Die Leistung der Windenergie an Land soll um bis zu 10.000 MW pro Jahr steigen. Bis Ende 2030 sollen in Deutschland 115.000 MW Windenergie an Land installiert sein. Bis 2035 soll die bundesweit installierte Leistung von 58.000 Ende 2022 auf 160.000



BayWa r.e.

We effect change

careers.baywa-re.com

E-world
energy & water

Halle 2
Stand 214

MW anwachsen. "Wir haben eine Steigerung in den Genehmigungen um 60 Prozent", bestätigte Bärbel Heidebroek, Präsidentin des Bundesverbands Windenergie (BWE), bei dem gemeinsamen Pressestatement den positiven Trend. Die Steigerung werde aber weitgehend von drei Bundesländern getragen: Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Der Süden hingegen sei "bisher eigentlich ein Totalausfall". Auch seien die neuen Bundesgesetze teilweise in den Ländern noch nicht angekommen und würden noch nicht umgesetzt, sagte sie.

Sachsen-Anhalts Energieminister Armin Willingmann (SPD), der als Vorsitzender der Energieministerkonferenz am Gipfel teilnahm, forderte Leitplanken für die Verwaltungen ein. Limitierender Faktor seien dort auch die personellen Ressourcen. Darüber hinaus bekräftigte Willingmann seine Forderung nach einer stärkeren finanziellen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen am Ausbau der Erneuerbaren. Die aktuell bestehende Möglichkeit freiwilliger Leistungen in Höhe von bis zu zwei Cent je kWh auf Grundlage des EEG hält er für unzureichend. Luft nach oben sieht er zudem bei der Stärkung der Windkraftindustrie.

Zustimmung aus der Branche

"Wir brauchen eine Gelingenshaltung bis in jede Amtsstube", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende des Energieverbandes BDEW. Der Personalengpass in den Behörden müsse angegangen werden, bestätigte sie. Sie bezeichnete Windenergie an Land als "Packesel der Erneuerbaren" und sieht einen positiven Trend bei der Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Anzahl der Klagen sei deutlich zurückgegangen. Der Stadtwerkeverband VKU begrüße in einer Stellungnahme die Wind-an-Land-Strategie. Diese setze "die richtigen Impulse für einen schnellen Ausbau der Windkraft". Und auch aus der Reihe der Projektierer kommt Zustimmung: "Mit der präsentierten Strategie liegt nun ein klarer Handlungs- und Zeitrahmen für uns als Projektierer vor", sagte Gernot Blanke, Chef der WPD AG auf Anfrage von energate. Jetzt sei es an den anderen Bundesministerien mitzuziehen und insbesondere an den Ländern, für eine zügige und vor allem einheitliche Umsetzung bei Themen wie Artenschutz und Denkmalschutz zu sorgen. /ck/kj

Von Carsten Kloth und Katharina Johannsen

GEBÄUDEENERGIEGESETZ

GEG: Wirtschaftsminister Habeck wirft der FDP Wortbruch vor

Berlin (energate) - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat dem Koalitionspartner FDP Wortbruch gegenüber den Verabredungen im Koalitionsausschuss zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) vorgeworfen. "Ich nehme zur Kenntnis, dass die FDP sich nicht an das gegebene Wort hält", sagte Habeck bei einem Pressestatement zur Windenergie-an-Land-Strategie. Zuvor war bekannt geworden, dass die Ampel-Koalition das sogenannte Heizungsgesetz nun doch nicht wie geplant in dieser Woche in den Bundestag bringen wird. Der Widerstand der FDP gegen das Gesetz ist zu groß. So hatte beispielsweise der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Kruse, von Wirtschaftsminister Habeck verlangt, "einen neuen, realistischen Zeitplan für eine auf der Basis des Koalitionsvertrags ausgearbeitete Version des Heizungsgesetzes vorzuschlagen."

Eigentlich hatte die Ampel-Koalition vereinbart, den Gesetzentwurf zum novellierten Gebäudeenergiegesetz bis zur Sommerpause durch das Parlament zu bringen. Dem hatte der Koalitionsausschuss Ende März zugestimmt. Nun gerät der Zeitplan ins Wanken. "Das Gesetz wird im Bundestag beraten und überarbeitet werden", stellte Habeck klar. Es wäre die erste Lesung gewesen, nicht der Abschluss der Debatte, so der Minister. "Es gibt offenbar kein Interesse diese Beratungen zu führen, sondern sie zu verzögern", sagte Habeck. Die Vereinbarung aus dem Koalitionsausschuss sei nicht eingehalten worden. Den Koalitionsausschuss habe der Kanzler geleitet, der wie die SPD für den Zeitplan geworben habe. Die Frage sei nun, wie verlässlich Zusagen in solchen Runden seien. "Wenn man in eine Regierung geht und ein Wort gibt, steht man zu dem Wort", sagte Habeck.

Die FDP droht bereits seit Wochen mit einem Boykott des Gebäudeenergiegesetzes. Zunächst müssten offene Fragen beantwortet werden, hieß es. 100 Fragen hätten die Liberalen daher an Habeck geschickt. Aus dem Wirtschaftsministerium kamen Signale, alle offenen Fragen beantworten zu wollen, die eingehen: "Wir werden alle Fragen beantworten, die uns gestellt werden", sagte Christian

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

Maass, Leiter der Abteilung Energiepolitik - Wärme und Effizienz, auf den Berliner Energietagen. Es seien bereits Fragen beantwortet worden, er wisse aber nicht, ob diese gemeint seien. Gleichwohl solle das Verfahren zügig zum Abschluss gebracht werden.

Für Stefan Wenzel, Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, ist es "nicht unnorm", dass ein Gesetz wie das Gebäudeenergiegesetz kontrovers diskutiert wird. Die Parlamentarier hätten die Möglichkeit, das Gesetz zu gestalten. Von daher seien sie jetzt die Ansprechpartner, sagte Wenzel auf den Berliner Energietagen. Er beklagte Falschinformationen in den Medien: "Einige Zeitungen versuchten zu suggerieren, dass im Jahr 2024 sämtliche Heizungen in Deutschland herausgerissen werden müssten", sagte Wenzel. Das sei natürlich "totaler Quatsch". Es gehe um das Ziel der Klimaneutralität 2045. /ck
Von Carsten Kloth

E-WORLD

Andreae fordert bessere Netzinfrastrukturplanung im GEG

Essen (energate) - Die Wärmewende sei eine zu bewältigende "Königsdisziplin". Das sagte die Vorsitzende der BDEW-Geschäftsführung Kerstin Andreae bei der Eröffnung der diesjährigen Energiemesse E-World. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei der Netzausbau, fügte sie hinzu. Im neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG) müsse daher die Infrastrukturplanung größere Berücksichtigung finden. Stromnetze seien für Wärmepumpen zu ertüchtigen, Wärmenetze für die Fernwärme und auch Gasnetze dürften nicht vernachlässigt werden, sagte sie.

Kommunale Wärmewende und Gebäudeenergiegesetz

Außerdem sollten das GEG und die kommunale Wärmeplanung Hand in Hand gehen, da Letztere die Basis für die Umsetzung der Wärmewende in den Häusern sei. Letztendlich müsse es "eine Verheiratung zwischen der kommunalen Wärmeplanung und dem Gebäudeenergiegesetz" geben, so Andreae. Die Verbesserungen am GEG seien im Dialog zwischen Verbänden, Unternehmen und der

Politik zu führen. Hier übte Andreae Kritik am bisherigen Gesetzgebungsprozess. Für "gute Gesetze" brauche es eine "frühzeitige Einbindung der Expertise".

Reiche fordert Ausbau und Digitalisierung der Netze

Auch Katherina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie, adressierte in ihrem Eröffnungsstatement die Politik mit ihrer Forderung nach einem beschleunigten Netzausbau, insbesondere der Stromverteilnetze. Die bestehenden Prozesse und Verfahren müssten "radikal" vereinfacht und verschlankt werden, um das nötige Tempo zu erreichen. Darüber hinaus seien die bestehenden Systeme zügig zu digitalisieren. Denn die digitale Netzaussteuerung sei dringend nötig, um zunehmende Lastspitzen zu vermeiden. Um nachhaltig die - nach Schätzung der Dena - benötigten 80 Mrd. Euro in den kommenden Jahren in die Stromnetze zu investieren, brauchen die Unternehmen Investitionssicherheit, fügte Reiche hinzu. Dafür sei eine Anpassung des Zinssatzes vonnöten, da sich andernfalls solche Investitionen aktuell nicht lohnten, so Reiche.

Auf der Messe E-World in Essen gibt es rund 800 Aussteller aus 27 Ländern. Themenschwerpunkte sind unter anderem die Strom- und Gaswirtschaft, Dienstleistungen, Energietechnik und -effizienz, erneuerbare Energien und Klimaneutralität. /lw

Von Leonie Wolf



UNTERNEHMEN

BETEILIGUNG

Badenova wird Gesellschafter von E-Pilot

Essen (energate) - Die Badenova wird Minderheitsgesellschafter beim IT-Dienstleister E-Pilot. Der Freiburger Versorger übernimmt 25,1 Prozent an dem 2017 gegründeten Plattformbetreiber. Die beiden Unternehmen nutzten die Fachmesse E-World in Essen, um den Gesellschafterwechsel öffentlich zu machen. Die

WAGO

EXPERTEN IM GESPRÄCH

Der WAGO Energy Tech Talk liefert Wissen aus erster Hand – im kompakten Videoformat

Mehr erfahren!



Anteile kommen von der Enercity aus Hannover, erklärte Badenova-Vertriebsvorstand Hans-Martin Hellebrand gegenüber energate. Vollständig vollzogen werde die Transaktion voraussichtlich noch im Juni 2023. Zu finanziellen Details rund um den Einstieg wollte er sich nicht äußern. Der Enercity bleibe E-Pilot trotz des Gesellschafterswechsels als wichtiger Kunde erhalten, ergänzte E-Pilot-Mitgründer und CEO Michel Nicolai.

Die Badenova kennt seine kommende Beteiligung gut. Die beiden Unternehmen verbindet eine langjährige Kundenbeziehung. Als Gesellschafter werde es auch darum gehen, gestalterischen Input für die Weiterentwicklung der E-Pilot-Plattform zu geben. An strategischen Kurskorrekturen hat die Badenova jedoch kein Interesse, stellte Hellebrand gegenüber energate klar. "E-Pilot ist auf dem genau richtigen Kurs", betonte er. Künftig werde die Badenova nicht nur als Kunde von der Weiterentwicklung des Start-ups profitieren, sondern zugleich an Gewinn und Wachstum beteiligt sein, blickte er voraus.

Konkurrenzfähigkeit beim Vertrieb von PV-Anlagen

E-Pilot ist seit der Gründung 2017 deutlich gewachsen, ist in der gesamten Dachregion aktiv und beschäftigt mittlerweile 100 Mitarbeitende. Der Softwarespezialist bietet eigens für die Energiewirtschaft eine modulare IT-Plattform auf Cloudbasis an. Das Tool vernetzt Endkunden etwa mit Solarteuren und dem Vertrieb beziehungsweise die Netzsparten auf Seiten der Versorger direkt digital. Mit dem Tool sei Badenova in der Lage, beispielsweise mit PV-Dachanlagenvertrieben wie Enpal oder 1Komma5 zu konkurrieren. "Wettbewerb kann man nicht aufhalten", so Hellebrand. Es gelte, ihn mit passenden Lösungen anzunehmen.

Kleiner Strategieschwenk bei Enercity

Der vormalige E-Pilot-Mitgesellschafter Enercity hatte 2019 ebenfalls die E-World genutzt, um die damalige Beteiligung öffentlichkeitswirksam zu verkünden. Ihr Rückzug hatte Nicolai zufolge strategische Gründe. Alle in der Vergangenheit gemeinsam definierten Ziele seien erreicht worden und Enercity werde weiter Einfluss auf die Weiterentwicklung der E-Pilot-Plattform haben,

stellte er klar. Im Detail lag ein Schwerpunkt der Kooperation von E-Pilot mit dem Hannoveraner Kommunalversorger im Aufbau der IT-Plattform-Architektur für die ehemalige Enercity-Tochter Lynqtech. Dies entfiel allerdings mit dem Verkauf von Lynqtech an den Solartechnikhersteller Q-Cells. /pa

Von Philip Akoto

PERSONALIE

Baywa Re stellt Seidl als neue Finanzchefin vor

München (energate) - Die Baywa Re vollzieht einen Wechsel auf der Führungsebene. Die langjährige General-Electric-Managerin Mihaela Seidl ist neue Finanzvorständin des Münchner Erneuerbaren-Projektierers. Seidl kommt von der ESG Group aus Fürstfeldbruck, einem Technologiezulieferer für das Militär und die zivile Luftfahrt. Zuvor war sie lange im Management des US-Konzerns General Electric (GE), zuletzt als Finanzchefin der GE-Sparte Distributed Power Business. In ihrer 20-jährigen Laufbahn in verschiedenen Führungspositionen habe Seidl umfangreiche Erfahrungen in den Bereichen Kapitalmärkte, Strategie und Transformation sowie Mergers & Acquisitions, also Fusionen und Übernahmen gesammelt, so Baywa Re.

Der Münchner Projektierer ist seinerseits im Begriff, einen strategischen Umbruch zu vollziehen. In diesem Zusammenhang steht die Vertriebspartei für PV-Komponenten zum Verkauf. Zuvor schon hatten die Münchner ihr Biomasse-Segment an eine Tochter des australischen Investors Macquarie veräußert. "Wir haben in den letzten Jahren ein starkes globales Wachstum verzeichnet und die kommenden Jahre versprechen weitere Veränderungen", sagte Baywa-Re-CEO Matthias Taft. "Wir wollen die Leistung der von uns entwickelten Wind- und Solarprojekte bis 2026 verdreifachen und das Portfolio als unabhängiger Stromerzeuger (IPP) bis 2028 auf 3.000 MW ausbauen. Mihaelas umfangreiche Erfahrung wird auf diesem Weg von unschätzbarem Wert sein", so Taft weiter. Seidls Vorgänger als Finanzvorstand war Harald Wilbert. Er verließ das Unternehmen Ende 2022. /pa

Von Philip Akoto

/ Flexibilitätsmanagement

§ 14a EnWG: Challenge accepted.

Starten Sie jetzt mit
unseren Lösungen.

 KISTERS



 STROM

DEKARBONISIERUNG

RWE plant CCS in Großbritannien

Essen (energate) - RWE könnte das Kohlendioxid von drei britischen Gaskraftwerken künftig abscheiden. Entsprechende Pläne gab das Unternehmen am 23. Mai bekannt. Demnach sollen bei zwei älteren Gaskraftwerken die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoff (kurz CCS - Carbon Capture and Storage) nachgerüstet werden. Zudem will RWE bei einem noch zu bauenden Gaskraftwerk mit einer Leistung von 800 MW in Stallingborough im Osten Großbritanniens ebenfalls die Technologie installieren.

Bei den beiden umzurüstenden Gaskraftwerken handelt es sich zum einen um das walisische Gaskraftwerk Pembroke mit einer Leistung von 2.200 MW, das seit 2012 in Betrieb ist. Zum anderen geht es um das Kraftwerk Staythorpe in der Nähe von Nottingham. Es kommt auf eine Leistung von 1.700 MW und ist seit 2010 am Netz. Tom Glover, RWE UK Country Chair sagte, grüne Gaskraftwerksprojekte seien wichtig, um "den Stromsektor zu dekarbonisieren, die Versorgungssicherheit zu unterstützen und gleichzeitig die Dekarbonisierung der Industrie in großem Maßstab zu ermöglichen". Großbritannien strebt eine Dekarbonisierung des britischen Stromsektors bis 2035 an. /sd

Von Stefanie Dierks

ADD-ON STROM

"Neue Zuständigkeiten der BNetzA können auch eine Chance sein"

Essen (energate) - Die Anreizregulierung steht ebenso wie der Stromnetzausbau vor einem Umbruch. energate sprach mit Prof. Achim Schröder, Vorstand Finanzen & Regulierung bei der Eon-Tochter Westenergie, über die neue Machtfülle der Bundesnetzagentur, den Netzturbo für Wärmepumpen und E-Autos sowie den heiß diskutierten Paragraphen 14a EnWG, mit dem die Netzbetreiber die Kontrolle behalten wollen.

energate: Die Bundesnetzagentur kann nach dem EuGH-Urteil die Anreizregulierung neu erfinden, sofern sie denn will. Passt das derzeitige System in Ihren Augen noch?

Schröder: Mit der Grundsystematik ist unsere Branche gut gefahren. Nach jahrelangem Kampf um Capex kommt die Refinanzierung der Netzinvestitionen durch den Kapitalkostenaufschlag inzwischen auch für uns Verteilnetzbetreiber zeitnah an. Auf der Opex-Seite stellen wir uns den fünfjährigen Kostenprüfungen und dem Effizienzansatz, der dahinterliegt. Das ergibt weiterhin Sinn, auch wenn die Monopolzeit mit dem Start der Anreizregulierung im Jahr 2009 weit hinter uns liegt. Der dritte Bestandteil sind die dauerhaften nicht beeinflussbaren volatilen Kosten, die klug festgelegt sein müs-



30

JAHRE
GISA

WE CELEBRATE IT.

Wir leben IT & lieben Energie – und das seit 30 Jahren. GISA ist Ihr Partner für die digitale Transformation. Mit Kompetenz und Leidenschaft gestalten wir Zukunft!

Besuchen Sie uns auf der E-world 2023 und tauschen Sie sich mit unseren IT-ExpertInnen aus über IT-Plattformen, Cloud Services, Lösungen für Smart Meter & Smart Energy, Meter2cash mit SAP und powercloud, smarte GIS-Lösungen, IoT Use Cases und vieles mehr!

Halle 3, Stand 348. Jetzt anmelden!
gisa.de/eworld

an NTT DATA
Business Solutions
Company

GISA[®]
That's IT.

sen. Ich würde auch bei fünfjährigen Regulierungsperioden bleiben wollen, sonst fehlt der vom Verordnungsgeber gewünschte Anreiz-effekt. Ich glaube, dies sieht die Netzagentur ähnlich. Der Produktivitätsfaktor Xgen, der damals den Speck aus den Monopolzeiten abbauen sollte, ist allerdings überholt.

energate: Passt denn die fünfjährige Regulierungsperiode auch für Gasnetze, die künftig zurückgebaut werden müssen? Eine Studie der Agora hatte kürzlich degressive Abschreibungen und neue Anreize zur Stilllegung empfohlen.

Schröder: Unstrittig ist, dass wegen Elektroautos und Wärmepumpen unsere Infrastruktur mehr in Richtung Strom gehen wird. Trotzdem werden auch die Gasnetze in den kommenden Jahren erforderlich sein, auch wenn es perspektivisch zu einer Reduktion der Nachfrage nach Erdgas kommen kann. Das Ausmaß und die Geschwindigkeit dieser Entwicklung lässt sich heute noch nicht klar ableiten. Und mit Start des neuen Gebäudeenergiegesetzes werden sicher nicht auf einen Schlag im Jahr 2024 alle Gasheizungen ausgebaut sein. Wohngebäude und vor allem Industriebetriebe - insbesondere des industriellen Mittelstands - sind daher weiterhin auf Moleküle wie Wasserstoff angewiesen. Die bereits gekürzte Abschreibungsdauer funktioniert 2023 noch, aber wenn wir 10 oder 20 Jahre weiterdenken, dann kann es natürlich kritisch werden. Denn die Anreizregulierung ist auf Erlöse ausgelegt und wenn immer weniger Gas im Netz sein sollte, würden auch die Netzentgelte steigen. Kurzum: Für die fünfte Regulierungsperiode müssen wir überlegen, ob es noch das richtige System ist.

energate: Wie stehen Sie zur absehbar höheren Machtfülle der Bundesnetzagentur durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes?

Schröder: 2005 wurde die Bundesnetzagentur im übertragenen Sinne als Anwalt der Netznutzer gegründet, inzwischen fungiert sie als eine Art Waage. Sie unterstützt Netzbetreiber, damit die Energiewende funktioniert und sie schützt Netznutzer, damit es nicht zu teuer wird. Gerade bei Zinssätzen gab es bisher eine gemischte Zuständigkeit von BMWK und BNetzA. Wenn die Behörde also verantwortungsvoll mit ihren neuen Zuständigkeiten umgeht, könnte das auch eine Chance sein. In meinen Augen ist enorm

wichtig, dass die BNetzA hier offen den Dialog mit der Branche sucht. Dennoch sollte sichergestellt sein, dass sich im Zweifelsfall ihre Entscheidungen noch rechtlich überprüfen lassen.

energate: Welche Zinssätze brauchen Sie als Netzbetreiber?

Schröder: Die BNetzA legt die Zinsen für einen Fünfjahreszeitraum fest. Unglücklicherweise fiel ihre letzte Entscheidung in der Zeit, bevor der überraschend hohe Zinsanstieg einsetzte. Der Eigenkapitalzinssatz I für Strom, der das Eigenkapital tatsächlich repräsentiert, liegt aktuell bei 5,07, ausgehend von davor 6,91 Prozent. Damit liegen wir in Deutschland etwa zwei Prozent unter dem internationalen Durchschnitt. Da muss etwas passieren, die Regulierungsbehörde hat aber bereits zugesagt, dass sie darüber nochmals nachdenkt.

energate: Wie sieht es bei dem Eigenkapitalzins II aus, der ab 40 Prozent Eigenkapitalquote greift?

Schröder: Das ist unser derzeit größter Schmerzpunkt, aber auch hier sind wir in guten Gesprächen mit der BNetzA. Wir stehen bei nur noch 1,71 nach 2,72 Prozent in der vorherigen Regulierungsperiode. Am Markt kostet die Refinanzierung momentan etwa 4 Prozent. Wir müssen daher ein Delta von rund 2 Prozent verkraften. Dabei sollte der EK-II-Zins eigentlich zur Refinanzierung des am Markt beschafften Fremdkapitals dienen. Damit verlieren wir derzeit mit jeder Investition Geld. Deshalb fordern wir nur eine Gleichstellung mit den Übertragungsnetzbetreibern, die eine zeitnahe Anpassung an den Zinssatz erhalten. Der ist für 2024 eigentlich schon zugestanden, dazu wird es vermutlich bald eine Konsultation geben. Aber eigentlich müsste auch rückwirkend für dieses und letztes Jahr etwas passieren.

energate: Wo hakt es beim Netzausbau?

Schröder: Wir brauchen den Netzturbo, nicht nur auf den Stromautobahnen der Übertragungsnetzbetreiber, sondern auch im Verteilnetz. Dafür muss die Genehmigungsdauer mit durchschnittlich fünf Jahren deutlich verkürzt werden. Es hilft nicht, wenn wir die Erneuerbaren immer weiter ausbauen, das Netz dafür aber



entLastmanagement[®] by Unigy

So geht's: Wir optimieren und traden für Sie 24/7 im „Algo-Rhythmus“ – All Assets, PPAs und Energieportfolios – holen das Beste für Sie raus und halten Ihnen den Rücken frei.

[Hier erfahren Sie mehr](#)

UNIGY[®]
Your Energy Optimizer

nicht bereit ist. Nur um es plastisch zu machen: Bei der Westnetz kommen wir inzwischen auf einen Rekord von 69.000 PV-Anschlussbegehren im Jahr 2022, ein Zuwachs von über 120 Prozent gegenüber 2021. Bis 2030 erwarten wir in der gesamten Westenergie-Gruppe rund 940.000 Solaranlagen auf Gebäuden. Das ist mehr als das Vierfache von den bisher angeschlossenen Anlagen. Bei den Wärmepumpen geht es perspektivisch noch rasanter vorwärts - von aktuell 90.000 Anlagen auf schätzungsweise 888.000 im Jahr 2030.

energate: In jüngster Zeit häufen sich Berichte, dass die Netzbetreiber auf der Bremse stehen. So hat sich der Wohnungskonzern Vonovia lautstark über einen Wärmepumpenstau beschwert.

Schröder: Kunden erhalten bei Westnetz über unser Online-Einspeiseportal ihre Anschlusszusagen für PV-Anlagen zu 89 Prozent direkt innerhalb von Sekunden. Hier erleben wir gerade einen Boom, den wir unter anderem auf das Osterpaket zurückführen. Das ist grundsätzlich sehr gut, denn es zeigt: Die Energiewende kommt voran. Grundsätzlich kann es dann aber auch passieren, dass der Netzausbau nicht sofort mit dem Bedarf mithalten kann. Deshalb brauchen wir kurzfristig die Möglichkeit, steuernd eingreifen zu können. Bei Westenergie haben wir zudem eine Digitalisierungsoffensive für unsere Ortsnetzstationen gestartet. Die Anlagen sollen nicht nur fernsteuerbar werden, sondern auch leistungsstärker. Genau wie bei den Wärmepumpen kann es aber auch hier derzeit Lieferprobleme geben.

energate: Der Entwurf des Paragraphen 14a im EnWG würde den Netzbetreibern eine Drosselung erlauben, gegen welche die Automobilbranche Sturm läuft. Hilft das Netzausbau zu sparen?

Schröder: Unser Ziel ist, dass steuernde Eingriffe von Seiten der Netzbetreiber so selten wie möglich vorgenommen werden müssen. Oder anders: Kein Kunde sollte mit einem Umstieg auf E-Mobilität warten, bis das Netz ausgebaut ist. Gleichzeitig muss die lokale Netzstabilität höchste Priorität haben. Genau dies soll der §14a EnWG ermöglichen. Es geht also darum, die Zeit zu überbrücken, bis das Netz lokal verstärkt ist. Ideen, wie etwa an jede Tankstelle am liebsten eine Schnellladestation bauen zu wollen, sind zwar verständlich, aber bei vier solcher Anschlüsse sind wir direkt in einer höheren Spannungsebene. Die Kapazitäten des Verteilnetzes sind nicht unbegrenzt.

energate: Wie sieht Ihr Rückblick auf das Krisenjahr aus und was sind die wichtigsten Baustellen in den kommenden Monaten?

Schröder: In enger Abstimmung mit den zuständigen Bundesministerien und Behörden haben wir im vergangenen Winter viele Vorkehrungen getroffen, Kundengruppen definiert, uns eng mit angeschlossenen Unternehmen abgestimmt und Abschaltpläne erarbeitet. Zum Glück kamen diese nicht zum Einsatz. Aber der kritischere Winter liegt vielleicht noch vor uns, da die Kernenergie aus dem Netz ist. Für die Berechnung der Netzentgelte ist die un-

GAIA Ihre Software zum Erreichen der Klimaziele

The image displays the GAIA software interface, which is a digital twin for energy transition planning. The main dashboard is titled 'Ihre Zentrale der Energiewende' and features three primary data visualizations:

- Status Quo:** A circular gauge chart showing 'Emissionen' (Emissions) with a value of 16,5 t pro Kopf.
- Energieverbrauch:** A stacked area chart showing 'Energieverbrauch' (Energy consumption) with a value of 1.234 kWh pro Kopf.
- Fortschritte:** A line and area chart showing 'Absenkpfad' (Reduction path) with a target value of 2047.

Below these charts, the text reads 'Kommunale Wärmeplanung: Bestandsanalyse, Potenziale, Zielsetzung und Maßnahmen'. To the right, a sidebar lists various energy sources and planning tools: 'co2balance', 'buildings', 'renewables', 'infrastructure', 'geothermal', and 'planning'. A smartphone in the foreground displays a QR code and the text 'Kostenlose Demo sichern' (Secure free demo). A circular logo on the right side of the interface is labeled 'DIGITAL TWIN'.

klare Verbrauchersituation nicht einfach. Unsere Kunden haben etwa 20 Prozent eingespart, und das nicht unbedingt freiwillig, sondern wegen der hohen Preise. Ob und wie die Konjunktur in Schwung kommt, ist ein Unsicherheitsfaktor.

Die Fragen stellte Michaela Tix

GAS & WÄRME

BIO-LNG

Barmalgas sucht Partner für Rostocker LNG-Terminal

Rostock (energate) - Der Bau des Small-Scale-LNG-Terminals in Rostock soll noch in diesem Jahr starten. Die für den Betrieb erforderliche Genehmigung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz liege inzwischen vor, gab der Projektierer Barmalgas bekannt. Das Brandenburger Unternehmen hatte die Projektrechte Ende April übernommen. Barmalgas-Geschäftsführerin Malwina Olszowiak will das Vorhaben gemeinsam mit "interessierten Investoren und strategischen Partnern" realisieren. Bei der Suche soll die M&A-Beratungsgesellschaft Livingstone Partners unterstützen. Die Inbetriebnahme ist für das erste Quartal 2026 geplant.

Olszowiak bezifferte die mögliche Kapazität in Rostock auf rund 800.000 Tonnen LNG pro Jahr. Somit könnten bis zu 1,5 Mrd. Kubikmeter fossile und neue Gase in das Ferngasnetz eingespeist werden. Auch die Verflüssigung von Biomethan gehört zum Standortkonzept (maximal 70.000 Tonnen). Über vier Verladestationen für Tankwagen soll der Kraftstoff an diverse Bio-LNG-Tankstellen kommen. Die Menge reiche für etwa 3.000 LKW, ordnete Olszowiak ein. Das Familienunternehmen Barmalgas mit Sitz in Ludwigfelde betreibt aktuell 26 Tankstellen und zählt nach eigenen Angaben 2.000 LPG- und LNG-Kunden. Bis 2025 will es vollständig auf Bio-LNG (LBG) und E-LNG (SLNG) umsteigen und das eigene Tankstellennetz weiter ausbauen. Ab 2026 sind ebenfalls Wasserstofftankstellen in Planung.

FSRU hatte nicht genug Platz

LNG-Pläne für den Standort Rostock gibt es schon länger. Ursprünglich hatte der russische Konzern Gazprom Ambitionen. Später brachten sich die Hansestadt Rostock ebenso wie Hamburg als potenzielle Standorte eines großen Spezialschiffs (FSRU) ins Gespräch. Letzten Endes scheiterte es am Platz innerhalb der beiden Häfen. Aus dem LNG-Beschleunigungsgesetz wurden Rostock und Hamburg gestrichen und trotz örtlicher Proteste der Standort Mukran auf Rügen aufgenommen.

In einem neuen Brief an die Koalitionspartner, der energate vorliegt, wirbt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) für die Novelle des LNG-Beschleunigungsgesetzes und den neuen Standort Mukran. "Die Gespräche und Prüfungen der vergangenen

EMPOWER
EUROPE



14.–16.
JUNI
2023

MESSE MÜNCHEN

**Die internationale
Fachmesse für
Energiemanagement
und vernetzte
Energielösungen**

- **Erneuerbare Energien im Netz:**
Innovative Lösungen für das Smart Grid Management
- **Sektorkopplung:**
Neue Technologien für ein integriertes, erneuerbares Energiesystem
- **Netz in Balance:**
Moderne Prognosetools und Flexibilitätsdienstleistungen
- **Branchentreffpunkt:**
85.000+ Energieexperten und 2.200+ Aussteller auf vier parallelen Fachmessen

www.EM-Power.eu

Part of
THEsmarter
EUROPE 

Monate haben gezeigt, dass der Hafen Rostock für diese Zwecke nicht geeignet ist", schreibt der Minister an die eigene Fraktion sowie an SPD und FDP.

Rügen und der Großraum Lubmin dagegen brächten den Vorteil, dass große Anbindungsleitungen zum Abtransport in den Süden vorhanden sind. "Durch die Nutzung dieser freien Kapazitäten kann ein umfangreicher Gasnetzneubau im Westen Deutschlands vermieden werden", argumentiert Habeck. Gleichzeitig will er die Transformation der LNG-Standorte - Stichwort Green Readiness - anschieben. Die festen Terminals müssten von Anfang an grundsätzlich so konzipiert werden, dass sie später mit Wasserstoff oder Derivaten genutzt werden können. /mt

Von Michaela Tix

ZUKUNFT GAS

Branche setzt auf grüne Transformation mit Wasserstoff-KWK

Essen (energate) - Der Branchenverband Zukunft Gas fordert von der Politik eine bessere Perspektive für die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die aktuellen Entwürfe für das Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) und das Wärmeplanungsgesetz sorgen in der Branche für anhaltende Unsicherheit, erläuterte Zukunft-Gas-Vorstand Timm Kehler im Rahmen einer Pressekonferenz zum Auftakt der Messe E-World in Essen. Die KWK stelle in Deutschland heute ein Fünftel der Strom- und ein Fünftel der Wärmeerzeugung. Damit biete sie eine valide Perspektive für eine künftig grüne, dezentrale Strom- und Wärmeversorgung. Die Verunsicherung führe im Ergebnis aber dazu, dass kaum noch Investitionen in KWK stattfinden.

Wie ein Transformationspfad aussehen kann, hatte die Gaswirtschaft am 10. Mai bereits vorgestellt. Demnach könnte die

Kohle kurzfristig bis 2030 kompensiert werden und bis 2045 eine schrittweise Umstellung auf Wasserstoff und Biomethan erfolgen. Dafür brauche es aber zunächst eine systemische Kopplung von fossilen und erneuerbaren Energieträgern, so Kehler: "Wir wollen keinen Abriss, keine Disruption, sondern einen graduellen Umstieg ermöglichen."

Kapazitätslücke von 15 GW

Zukunft Gas rechnet im Zuge des Kohleausstiegs mit einer Kapazitätslücke bei der gesicherten Leistung von mindestens 15.000 MW. Sollten die Kohlekraftwerke nicht als Reserve vorgehalten werden, erhöhe sich der Fehlbedarf auf rund 37.000 MW. Wie diese Lücke geschlossen werden kann, sei völlig offen. Die bislang angekündigten Projekte zum Bau neuer Gaskraftwerke reichten in jedem Fall nicht aus, um den Mangel zu kompensieren. Kehler sprach in Bezug auf Gas und Moleküle von "Resilienzennergie". Bei der Umstellung gehe es darum, das, was Kohle, Öl und Gas bislang mit ihrer Speicherfähigkeit geleistet haben, ins neue System zu übersetzen. Um den Bau gesicherter Erzeugungsleistung anzureizen, forderte er die Einführung eines Kapazitätsmarktes. Zudem gehe es darum, was an KWK bereits vorhanden sei, zu erhalten und auszubauen.

Motoren sind wasserstofftauglich

Dass die KWK heute schon in der Lage sei, auf Wasserstoff umzusteigen, machte Michael Wagner, Director Product and Solution Management bei Rolls-Royce Power Systems, deutlich. Bei neuen Motoren gebe sein Unternehmen eine Garantie für den Betrieb mit Wasserstoff. Die Gefahr von Stranded Investments sei für die Kunden damit ausgeschlossen. Auch Wagner betonte, die aktuellen politischen Rahmenbedingungen seien "Gift für langfristige Investitionen" und forderte die Politik auf, die Potenziale der KWK zu erkennen und auch anzuerkennen. /tc

Von Thorsten Czechanowsky



EFFIZIENT & NACHHALTIG

E-MOBILITÄT FÜR STADTWERKE

FULL-SERVICE-LÖSUNGEN

AUS EINER HAND - FÜR

VERSORGER MIT VISION.



KLIMASCHUTZ

Vattenfall legt Plan zum Umbau der Fernwärme vor

Berlin (energate) - Trotz der Verkaufspläne für das Berliner Fernwärmegeschäft setzt der Energieversorger Vattenfall die Pläne zur Dekarbonisierung weiter um. Das Unternehmen reichte nun beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) einen Transformationsplan ein, wie aus einer energate vorab vorliegenden Mitteilung hervorgeht. Der Plan legt dar, mit welchen Technologien das Unternehmen die CO₂-Emissionen bei der Wärmeversorgung reduzieren will. "Heizung und warmes Wasser sind menschliche Grundbedürfnisse des täglichen Lebens, die in der Erzeugung bislang noch einen beträchtlichen CO₂-Fußabdruck hinterlassen", erklärte der Vorstandsvorsitzende der Vattenfall Wärme Berlin, Christian Feuerherd. Der Transformationsplan nehme die Dekarbonisierung inklusive Wärmeerzeugung, Sektorenkopplung und Netze in den Blick und stelle so die Weichen für eine klimafreundliche Wärmeversorgung der Zukunft.

In einer gemeinsamen Studie hatten Vattenfall und das Land Berlin einen Weg aufgezeigt, um bis 2030 aus der Kohle auszusteigen. Die Fernwärme soll dabei in Zukunft aus verschiedenen Quellen wie Biomasse, Geothermie, Abwärme oder Power-to-Heat kommen. Auch wasserstofffähige Gaskraftwerke sind vorgesehen. Die Technologien zur Wärmewende seien überwiegend bereits vielfach vorhanden und erprobt. "Jetzt geht es um die zügige Umsetzung in der Praxis", so Marko Voß, Leiter der Systementwicklung.

Hoffen auf Fördergeld

Der beim Bafa eingereichte Transformationsplan ist Voraussetzung dafür, dass der Versorger Fördermittel aus der Bundesförderung effiziente Wärmenetze für den Umbau beantragen kann. Die notwendigen Investitionen schätzt das Unternehmen auf 3 Mrd. Euro. Vattenfall hofft auf einen dreistelligen Millionenbetrag aus dem Fördertopf, für die insgesamt bisher 3 Mrd. Euro bereitstehen. Ob Vattenfall den Umbau der Berliner Wärmeversorgung tatsächlich selbst umsetzen wird, ist offen. Das Unternehmen hatte 2022 angekündigt, das Geschäft verkaufen zu wollen. Das Land Berlin würde gerne übernehmen und die Fernwärme rekommunalisieren. **/kw**
Von Karsten Wiedemann

ADD-ON GAS & WÄRME

Studie plädiert für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland

München (energate) - Um den Kohleausstieg bis 2030 zu ermöglichen, eignen sich flexibel steuerbare Gaskraftwerke, die perspektivisch mit grünem Wasserstoff betrieben werden können. Vor allem an Standorten in Süddeutschland könnten sie in Zukunft einen wertvollen Beitrag zum Engpassmanagement leisten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Transportnetzbetreiber Tennet, Gasunie Deutschland und Thyssengas in

Zusammenarbeit mit dem bayerischen Fernleitungsnetzbetreiber Bayernets. Die Untersuchung "Quo vadis Wasserstoffkraftwerke" ist eine Folgestudie zu "Quo vadis Elektrolyse", die Tennet, Gasunie und Thyssengas im September 2021 vorgestellt haben.

Der Fokus der neuen Untersuchung liegt auf dem Einsatz von grünem Wasserstoff in der Stromerzeugung. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem damit einhergehenden Netzausbau seien auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 zwingend auch gesicherte Erzeugungskapazitäten notwendig, mit denen Dunkelflauten, Erzeugungsschwankungen und Verbrauchspeaks aufgefangen werden können, heißt es vonseiten der Netzbetreiber. Im Gegensatz zum bereits jetzt mit Strom aus Windkraft reich ausgestatteten Norden, könnten zusätzliche und verbrauchsnahe Kraftwerkskapazitäten in Süddeutschland effektiv Redispatchleistung zur Verfügung stellen, die Tennet für Engpässe im Übertragungsnetz benötigt. Hierfür müsse das aktuell geplante Wasserstoffnetz frühzeitig und zielgerichtet bis nach Süddeutschland ausgebaut werden.

Infrastrukturen integrativ denken

"Unsere Ergebnisse unterstreichen einmal mehr, dass wir Gas- und Strominfrastrukturen sowie Nord- und Süddeutschland integrativ denken müssen", betonte Tim Meyerjürgens, COO von Tennet. Die Elektrolyse müsse vornehmlich da stattfinden, wo erneuerbare Energien in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen - so das Ergebnis der ersten Studie. Das ist vor allem an den Küsten der Fall. Neben dem Ausbau des Übertragungs- und Verteilnetzes müsse vor diesem Hintergrund auch die Gasinfrastruktur soweit möglich umgerüstet und parallel eine Wasserstoffinfrastruktur aufgebaut werden. Große Elektrolyseure an der Küste liefern dann Moleküle nach Süddeutschland, um die Industrie mit Wasserstoff zu versorgen. "Gleichzeitig sehen wir großes Potenzial für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland, die uns in Zeiten von Stromflauten gesicherte



Kraftwerksleistung bereitstellen. So können wir auch mittel- und langfristig teure Netzeingriffe minimieren, die Versorgungssicherheit gewährleisten und den Industriestandort Deutschland nachhaltig wettbewerbsfähig gestalten", so Meyerjürgens.

Die Studie zeigt mehrere Potenzialregionen für die Entstehung von Wasserstoffkraftwerken entlang des geplanten Wasserstoffnetzes in Süddeutschland. Besonders geeignet sind nach Angaben der Netzbetreiber dabei Standorte entlang der Gasnetze von Bayernets. Die Auswahl dieser Standorte gehe mit zusätzlichen Investitionen auf Gasnetzseite einher, um Kraftwerke an das Wasserstoffnetz anzuschließen. Aus der Sicht eines möglichst effizienten und kostenoptimalen Betriebs des Stromnetzes sollten Standorte innerhalb des Tennet-Netzgebiets im Südosten von Bayern frühzeitig in den Fokus geraten, heißt es. Eine frühzeitige Anbindung von Südbayern an das geplante Wasserstoffnetz könne einen signifikanten Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

Gasnetz spielt zentrale Rolle

Wasserstoff sei das ideale Medium, um Energie in großen Mengen aus dem Norden Deutschlands nach Süden zu transportieren sowie über lange Zeiträume zu speichern, so Matthias Jenn, Geschäftsführer der Bayernets GmbH: "Aus diesem Grund muss das vom Gesetzgeber jüngst angestoßene Wasserstoffkernnetz, das wir sehr begrüßen, alle potenziellen Standorte für Wasserstoffkraftwerke in Süddeutschland anbinden." Das Gasnetz spiele bei der Transformation eine zentrale Rolle, ergänzte Thomas Gößmann, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Thyssengas GmbH: "Die bereits vorhandenen Erdgasleitungen lassen sich vergleichsweise kostengünstig auf Wasserstoff umrüsten und durch ergänzende Neubauten zu einem H2-Netz verbinden." /tc

Von Thorsten Czechanowsky

NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

DIGITALISIERUNG

EMH Metering sieht sich gerüstet für Rollout-Neustart

Gallin (energate) - Der Zählerhersteller EMH Metering sieht sich für den Neustart des Smart-Meter-Rollouts gut aufgestellt. "Die Auftragslage sieht sehr gut aus", sagte EMH-Geschäftsführer Peter Heuell im Interview mit energate. Zwar gebe es immer noch lange Lieferzeiten, Zulieferprobleme und Komponentenmangel hätten sich aber deutlich entspannt. Heuell glaubt, dass bis Ende 2025 gut 20 Prozent der Pflichteinbaufälle geschafft sein könnten. Gegenüber dem bisherigen gesetzlichen Rollout-Plänen habe es trotz des Urteils des OVG Münster im Jahr 2021 und der Rücknahme der Markterklärung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nicht unbedingt eine Verzögerung gegeben. "Ich glaube, die Anforderungen aus dem gesetzlichen Rahmen sind erreicht und die Quote von zehn Prozent in den ersten drei Jahren

in Deutschland erfüllt", sagte er. Nach dem Bundestag hatte am 12. Mai auch der Bundesrat das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende verabschiedet. Das Gesetz sieht für den Smart-Meter-Rollout verbindliche Ziele bis zum Jahr 2030 vor und soll den Rollout vereinfachen und beschleunigen. Ab 2025 soll der Einbau von intelligenten Messsystemen verpflichtend für Haushalte mit einem Jahresstromverbrauch von über 6.000 kWh oder einer Photovoltaik-Anlage mit mehr als 7 kW installierter Leistung sein.

Positives Urteil über Smart-Meter-Gesetz

"Ich sehe im Großen und Ganzen daher einen gelungenen Neustart und würde die Note zwei vergeben", sagte Heuell im Interview. Zwar sei die Wirtschaftlichkeit durch das Gesetz nicht automatisch sofort gegeben, aber es werde neben höherer Rechtssicherheit nun auch eine höhere Technologiereife geben. "Und die ganze Bürokratie wird vereinfacht - angefangen mit der sicheren Lieferkette bis hin zu einem gemeinsamen Projektmanagement von BSI und Wirtschaftsministerium", so der Geschäftsführer. Auch der Ansatz des agilen Rollouts sei ein interessantes Instrument und ein gutes Konstrukt.

Neuentwicklungen für den Neustart

Sein Unternehmen präsentiert auf der E-World in Essen Neuentwicklungen, unter anderem das neue Smart Meter Gateway Casa 1.1. Dieses sei aber keine revolutionäre Neuentwicklung, sondern eine evolutionäre, so Heuell im Interview. "Eingeflossen ist das, was wir das 1:n-Metering nennen, mit dem mehrere Zähler auf das Gateway gebracht werden können", erläuterte er. Geplant sei, in der Zulassung bis zu 30 Funkzähler an ein Gateway anbinden zu können, um die Kosten des Rollouts zu senken. Außerdem seien viele Verbesserungen eingebaut worden. "Funktional unterstützen wir alle TAFs, die heute in der technischen Richtlinie stehen", sagte er. Als Mindestanforderung an ein Smart Meter-Gateway sind bislang 14 Tarifierungsfällen (TAF) vorgesehen. /ck

Von Carsten Kloth

Das vollständige Interview mit Peter Heuell von EMH Metering lesen Sie im Add-on Neue Märkte.

"HYDEX" WOCHENBERICHT (KW 21)

Wasserstoff wird weiter günstiger

Bonn (energate) - Die allgemein fallende Preisentwicklung an den kurzfristigen Energiemärkten setzte sich auch vergangene Woche weiter fort. Getrieben durch die hohe Solar- und etwas gestiegenen Windeinspeisung korrigierten die kurzfristigen Strommärkte in der vergangenen Woche deutlich nach unten. Die Spotpreise gaben im Wochendurchschnitt um 24 Prozent nach. Dadurch verringerten sich auch die Herstellungskosten für grünen Wasserstoff. Der Hydex "Green" notierte durchschnittlich im Mittel bei 148 Euro/MWh (4,92 Euro/kg) und damit 35 Euro/MWh (1,17 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche. Die Gasmärkte zeigten sich wie in den vergangenen Wochen entspannt. Die geringe Nachfrage, das sehr gute LNG-

NETZMANAGEMENT

MEHR INTELLIGENZ FÜR IHR NETZ

In Zeiten der Energiewende benötigen Sie ein intelligentes und transparentes Netzmanagement?

Aidon

Kein Problem!
Wir von Aidon sind Marktführer für Smart Grid und Smart Metering in Skandinavien und bieten Ihnen die passende Lösung für Ihre Herausforderungen.

Sie wollen mehr erfahren?
Treffen Sie uns vom
23. bis 25. Mai
auf der E-world
in Halle 3 Stand 456.



E-world
energy & water



Angebot und komfortable Speicherstände sorgten erneut für Preisdruck an den kurzfristigen Gasmärkten. Die Spotpreise gingen auf Wochenbasis um 12 Prozent zurück. Dadurch verringerten sich auch die Kostpreise zur Herstellung von konventionellem Wasserstoff. Der Hydrex "Blue" und Hydrex "Grey" notierten im Mittel bei 75 Euro/MWh (2,51 Euro/kg) bzw. 82 Euro/MWh (2,74 Euro/kg) und damit jeweils um 6 Euro/MWh (0,20 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche.

Grüner Wasserstoff gewann in der vergangenen Woche an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konventionellem Wasserstoff. Der Hyspread "Green-Grey" notierte im Mittel bei 65 Euro/MWh (2,18 Euro/kg) und damit 29 Euro/MWh (0,98 Euro/kg) niedriger als in der Vorwoche. /**Andreas Gelfort, E-Bridge Consulting**

Der Wasserstoffindex Hydrex ist kostenbasiert und bezieht sich auf die kurzfristigen Gestehungskosten von drei verschiedenen Technologien zur Herstellung von Wasserstoff, Elektrolyse (grün), Dampfreformierung mit (blau) und ohne (grau) CO₂-Speicherung. Entwickelt hat ihn das Beratungsunternehmen E-Bridge Consulting, er erscheint wöchentlich im Wasserstoff-Briefing von energate. Den aktuellen Stand finden Sie auch unter: <https://www.e-bridge.de>

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

"Ich würde die Note zwei vergeben"

Gallin (energate) - Der Zählerhersteller EMH Metering präsentiert auf der Fachmesse E-World in Essen neue Zähler- und Kommunikationslösungen für den Neustart des Smart-Meter-Rollouts. energate sprach mit Geschäftsführer Peter Heuell über das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, die Aussichten für den Rollout und die Ausgangslage für das eigene Unternehmen.

energate: Herr Heuell, wird der Neustart gelingen? Sind Sie zufrieden mit den Regularien?

Heuell: Ich bin überwiegend zufrieden damit. Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende löst viele Probleme. Vor allem gibt es Rechtssicherheit. Dadurch, dass der Rollout-Plan ins Gesetz hineingeschrieben wurde und nicht mehr abhängig ist von einer Markterklärung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), gibt es jetzt ganz klare Pläne.

Die Wirtschaftlichkeit ist durch das Gesetz nicht automatisch sofort gegeben. Daher ist es wichtig, dass die Kosten des Netzbetreibers auch anerkannt werden. Aber wir haben neben höherer Rechtssicherheit auch eine höhere Technologiereife bekommen. Und die ganze Bürokratie wird vereinfacht - angefangen mit der sicheren Lieferkette bis hin zu einem gemeinsamen Projektmanagement von BSI und Wirtschaftsministerium. Ich sehe im Großen und Ganzen daher einen gelungenen Neustart und würde die Note zwei vergeben.

energate: Woran hat es auch Ihrer Sicht bislang gehapert - was hat den Rollout verzögert?

Heuell: Ich glaube, die Anforderungen aus dem gesetzlichen Rahmen sind erreicht und die Quote von zehn Prozent in den ersten drei Jahren in Deutschland erfüllt. Von daher haben wir nicht unbedingt eine Verzögerung gegenüber dem gesetzlichen Anspruch, den es für den Rollout gegeben hat.

Wir hätten uns selbstverständlich gefreut, wenn die Ausbaquote höher wäre. Gründe dafür, dass es nicht mehr war, waren natürlich die Rechtsunsicherheit durch das Urteil des OVG Münster im Jahr 2021 und die Rücknahme der Markterklärung des BSI. In den letzten zwei Jahren kam die Lieferkettenproblematik dazu. Von vielen wird auch die Wirtschaftlichkeit des Rollouts infrage gestellt. Ich glaube, es war eine Mischung, die dazu geführt hat, dass der Rollout nicht schneller vorangekommen ist. Selbst wenn die 10-Prozent-Quote erreicht wurde, kann man natürlich die Frage stellen, ob diese anspruchsvoll genug war.

energate: Ist das vorgesehene Tempo nun schnell genug? Wird der Rollout 2030 abgeschlossen sein?

Heuell: Ich glaube nicht, dass der Rollout 2030 abgeschlossen sein wird. Wir werden auch 2030 Wärmepumpen einbauen und Benzin gegen E-Autos tauschen. Der Rollout wird daher weitergehen. Aber ich glaube, dass die Pflichteinbaufälle bis 2030 umgesetzt werden.

energate: Wäre ein direkter Full-Rollout nicht die bessere Variante gewesen?

Heuell: Letztlich wird es ohnehin auf einen Full-Rollout hinauslaufen. Das ist nur eine Frage der Zeit. Es kann aber jeder Messstellenbetreiber den Rollout jetzt so organisieren, wie er will. Er lässt sich straßenzügewise machen, denn es gibt die optionalen Einbaufälle. Das Gesetz hat genug Werkzeuge geschaffen, den Full-Rollout zu gestalten, wenn man es will.

energate: Wie schätzen Sie die Kundenakzeptanz derzeit ein?

Heuell: Ich glaube schon, dass es Akzeptanz gibt, vor allem durch die Energiepreissteigerung und -krise in Folge des Ukraine-Krieges. Es gibt einen stärkeren Bedarf nach Visualisierung - zu erfahren, wie der Energieverbrauch überhaupt ist. Und wir sehen ein Interesse an dynamischen Tarifen.

energate: Wie sehen Sie Ihr Unternehmen für den Neustart des Rollouts aufgestellt? Wie sieht die Auftragslage aus?

Heuell: Die Auftragslage sieht sehr gut aus. Wir haben immer noch lange Lieferzeiten, auch wenn wir schon sehr gut produzieren. Der Rollout hat nicht gelitten durch das OVG-Urteil. Ich gehe davon aus, dass die gute Entwicklung so weitergeht und es eine sukzessive Steigerung geben wird. 20 Prozent bis Ende 2025 halte ich für gut machbar. Hier ist der Ansatz des agilen Rollouts ein interessantes Instrument und ein gutes Konstrukt. Das Wirtschaftsministerium prognostiziert ja 15 Mio. Pflichteinbaufälle bis 2030 - vor allem durch die Zunahme der Wärmepumpen und Elektroautos sowie Photovoltaikanlagen.

energate: Haben Sie derzeit noch mit Zulieferproblemen und Komponentenmangel zu kämpfen?

Heuell: Das hat sich deutlich entspannt, auch wenn das Thema noch nicht ganz weg ist. Aber wir arbeiten weiter im Dreischicht-Betrieb und sind gut ausgelastet. Materialprobleme machen uns derzeit keine Sorgen. Wir haben immer noch lange Lieferzeiten, aber dadurch, dass wir in der Krise einen sehr starken Auftragseingang bekommen haben. Den hohen Auftragsbestand müssen wir jetzt abarbeiten.

energate: Zur E-World am 23. bis 25. Mai in Essen präsentieren Sie eine Neuentwicklung. Was hat es mit ihr auf sich?

Heuell: Das neue Smart-Meter-Gateway Casa 1.1 ist keine revolutionäre Neuentwicklung, sondern eine evolutionäre. Eingeflossen ist das, was wir das 1:n-Metering nennen, mit dem mehrere Zähler auf das Gateway gebracht werden können. Wir planen in der Zulassung bis zu 30 Funkzähler an ein Gateway anbinden zu können, um die Kosten des Rollouts zu senken. Außerdem haben wir viele Verbesserungen eingebaut, die wir in den Betriebsprozessen und aus den Rückmeldungen unserer Kunden gelernt haben. Funktional unterstützen wir alle TAFs, die heute in der technischen Richtlinie stehen. Wir sind mit der Technologie schon sehr weit.

Die Fragen stellte Carsten Kloth.

ÖSTERREICH

ENERGIEWENDE

Wirtschaftskammer will "Energienmasterplan" erarbeiten

Wien (energate) - Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) plant die Erstellung eines sogenannten Energienmasterplans. Ziel sei es, mit unterschiedlichen Akteuren und Akteurinnen einen umfassenden Gesamtplan für die Umgestaltung des heimischen Energiesystems auszuarbeiten, erklärte Harald Mahrer, WKÖ-Präsident auf einer Pressekonferenz in Wien. Ein Team rund um WKÖ-Energie-Sonderbeauftragten Siegfried Nagl hat hierzu rund 200 Institutionen und Organisationen identifiziert, die im Rahmen des Prozesses eingebunden werden sollen. Darunter befinden sich neben dem Klimaschutzministerium, dem Wirtschaftsministerium sowie dem Finanzministerium auch der Städte- und Gemeindebund.

Zusätzlich sind auch die Sozialpartner wie Gewerkschaften, die Arbeiterkammer, die Landwirtschaftskammer sowie Vertreter aus den Bundesländern im Gremium. Auch die Industriellenvereinigung und die Branchevertretung der heimischen Elektrizitätswirtschaft Österreichs Energie sind ebenso vertreten wie Personen aus Wissenschaft und Forschung. Alle Experten und Expertinnen sollen nun bis Mai 2024 in vier Workshopreihen Ideen und

Konzepte für die konkrete Umsetzung entwickeln, informierte Nagl. Dabei bildet der erste thematische Schwerpunkt den Bereich erneuerbare Stromaufbringung. Dabei soll es auch um die Verteilung und Speicherung von Energie gehen, ergänzte Nagl. Ein weiterer Fokus soll auf die Substitution und Diversifizierung von fossilen Energieträgern wie etwa Erdgas gelegt werden. Ein dritter Aspekt soll die Themen Wasserstoff und erneuerbare Kraftstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen behandeln. Im vierten Block gehe es um Energieeffizienz und Einsparungen. Dabei spielt auch das CO2-Management eine Rolle, sagte Nagl.

Die Herausforderung bestehe darin, alle Bereiche sektoral zu betrachten, also auf deren Auswirkungen auf unterschiedliche Bereiche wie etwa Verkehr, Gebäude, Industrie oder die Landwirtschaft. Am Ende soll ein Orientierungsrahmen mit Anleitungen für möglichst alle Bereiche für Politik und Wirtschaft herauskommen, meinte Nagl. Derzeit herrsche in all diesen Bereichen zu wenig Planungssicherheit für die Unternehmen. Die Wirtschaftskammer will in regelmäßigen Abständen über die Ergebnisse aus dem Prozess informieren, hieß es abschließend. **/af**

Von Alexander Fuchssteiner

WINDKRAFT

Zulieferfirmen punkten am internationalen Windkraftmarkt

Wien (energate) - Trotz einer schwierigen Situation für die Windkraftbranche im Jahr 2022 konnten sich österreichische Zulieferfirmen am internationalen Windkraftmarkt behaupten. Einige heimische Zulieferbetriebe hätten es mittlerweile zu Weltmarktführern in ihrer Sparte geschafft, teilte IG Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moidl mit. Inzwischen würden fast alle Teile einer Windkraftanlage auch in Österreich hergestellt. Nach starken Ausbaujahren 2020 und 2021 hat sich der weltweite Windkraftausbau aber im Vorjahr "deutlich verlangsamt". Insgesamt 77,6 GW wurden ausgebaut: 21 Prozent davon in Europa und 49 Prozent in China. Die instabile wirtschaftliche Lage und die nach wie vor ungünstigen politischen Bedingungen waren laut Moidl die Hauptgründe für den ausbleibenden "Windkraftboom".

Zulieferindustrie "Made in Austria"

Die Vorarlberger Firma Bachmann stattet bereits jedes dritte Windrad weltweit mit einer Steuerung aus. Jedes zweite Windrad auf dem internationalen Markt hat eine Bremse der oberösterreichischen Firma Miba eingebaut, teilte IG Windkraft mit. Der Wälzlagerhersteller NKE Austria aus Steyr in Oberösterreich produziert Hauptrotorlager für internationale Windturbinenhersteller. Das Unternehmen verzeichnete im Vorjahr ein Wachstum von 40 Prozent gegenüber 2021 und verbuchte weltweit einen Umsatz von 60 Mio. Euro. Künftig will der Hersteller nach eigenen Angaben sein Windenergieportfolio noch erweitern. Die Firma Palfinger mit Sitz in Salzburg - laut Eigenauskunft einer der führenden Kranhersteller weltweit - entwickelt spezialisierte Hebelösungen für die Windenergie, insbesondere im Offshore-Bereich. Palfinger

Marine sieht großes Marktpotenzial in Korea, Australien und den USA, aber auch in Europa, etwa in Dänemark, Deutschland, den Niederlanden oder Frankreich.

Windräder in Zukunft leiser

Das Familienunternehmen Geislinger liefert Antriebsstranglösungen, die auch im Windenergiebereich eingesetzt werden. Weiters werden Schallemissionen, die durch das Getriebe von Windrädern entstehen, reduziert. 2022 wurden Kupplungen und Dämpfer für Windparks im On- und Offshorebereich mit einer Gesamtleistung von 1.820 MW installiert. Für heuer liegen bereits Aufträge für Offshore-Anwendungen für weitere knapp 920 MW für die Compowind Kupplung vor. "Der Windkraft-Sektor ist ein wichtiges strategisches Geschäftsfeld für uns", betonte Geschäftsführer Torsten Philipp. Das Salzburger

Unternehmen arbeite mit weltweit führenden Anlagenherstellern, aber auch mit internationalen Forschungseinrichtungen, wie dem deutschen CWD in Aachen, zusammen. Auf Bundesebene sei die Branche mit einer Gewinnabschöpfung konfrontiert, die laut Moidl Verschlechterungen bringen wird. Zudem warte der Sektor auf eine Anpassung der Marktprämien für neue Projekte, die durch Preissteigerungen der Anlagen erforderlich sei. Zudem müssen das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz und das Klimaschutzgesetz rasch umgesetzt werden, forderte Moidl. Er appellierte dabei an die Bundesländer, endlich "ihre Hauptkompetenz beim Erneuerbarenausbau zu erkennen und dementsprechend zu handeln". Die Windkraft benötige in allen Bundesländern dringend mehr Flächenausweisungen für neue Windparks und mehr Personal für die Genehmigungsverfahren. [/imk](#)

Von Irene Mayer-Kilani

Profitieren Sie von tiefergehendem Expertenwissen!

Die Add-ons des ener|gate messenger⁺ bieten Ihnen **Hintergrundwissen** und **Inhalte mit besonderem Mehrwert** zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Jetzt mehr erfahren!

